

# FORDERUNGEN



There is NO PLANET B

DIE ZEIT LAUFT

FÜR WISSEN

Our Planet Our Future

WIR STREIKEN BIS IHR HANDELT



# INHALTSANGABE

## 1. Widmung – Präambel

Seite 1

## 2. Treibhausgasneutralität – Klimavorbehalt – Schattenpreis

Seite 3

## 3. Verkehr und Mobilität

Seite 4

## 4. Energie – Bauen – Sanieren

Seite 6

## 5. Beratung – Förderung

Seite 7

## 6. Regionalstadtbahn - Innenstadtstrecke

Seite 8

## 7. Schluss

Seite 10



## Widmung

Diese Forderungen richten sich an den Gemeinderat Tübingens, die derzeitigen Bürgermeister\*innen, sowie alle folgenden Bürgermeister\*innen. Als überparteiliche Bewegung sprechen wir hiermit jede Partei/Liste und jede\*n Vertreter\*in einer des Gemeinderates an.

## Präambel

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Erde laut Weltklimarat (IPCC) im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und dieser Prozess beschleunigt sich weiter. Die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Während wir auf die Kipppunkte des Klimawandels zusteuern, sind wir die ersten, die die Folgen der Erderwärmung spüren und gleichzeitig auch die letzten, die ihn aufhalten können.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben sich fast alle Länder dazu verpflichtet, die Erderwärmung bei deutlich unter 2 Grad zu stoppen und Anstrengungen zu unternehmen, das 1,5°-Ziel zu erreichen - so auch Deutschland. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen seitdem immer deutlicher, welche dramatischen Folgen das Überschreiten von 1,5 Grad Erwärmung für uns und unseren Planeten hätte.



Es herrscht ein breiter wissenschaftlicher Konsens zu der konkreten Bedrohung durch die globalen Veränderungen und die Dringlichkeit zu schnellem Handeln. Deshalb sehen wir als Fridays For Future Tübingen die konsequente Umsetzung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future als essenziell an.

Wir betonen, dass gerade auch Kommunalpolitiker\*innen die Einhaltung dieser Grenze und die Umsetzung der bundesweiten Forderungen auf allen politischen Ebenen mit größter Entschlossenheit vorantreiben müssen.

Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es insbesondere auch auf Kommunalebene weitreichende Veränderungen sowie die Ausrichtung aller städtischen Sektoren auf Nachhaltigkeit. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt Tübingen auf, deutliche Maßnahmen zu ergreifen, die in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft erarbeitet und als effektiv und zielführend anerkanntermaßen geeignet sind, den Beitrag Tübingens zur Erreichung des 1,5°-Ziels zu gewährleisten.



*Wir fordern, dass die Stadt Tübingen ihre Treibhausgasemissionen bis spätestens Ende 2030 auf nettonull reduziert.*

Dies betrifft die energiebedingten Treibhausgasemissionen nach Territorialprinzip. Allen anderen Treibhausgas-Emissionen wie aus individuellem Konsum, Landwirtschaft und Flugreisen muss aktiv durch Ausgleichsmaßnahmen, Kampagnen, Bildung und vergleichbare Projekte entgegengewirkt werden.

Im Vergleich mit anderen Städten hat Tübingen in der Vergangenheit eine Vorreiterrolle im Klimaschutz eingenommen und steht damit in der Verantwortung als Vorbild voranzuschreiten und die Emissionen bis spätestens Ende 2030 auf nettonull zu reduzieren.

Nimmt man das für eine Erwärmung um 1,75°C („deutlich unter 2°C“) vorhandene CO<sub>2</sub>-Budget für Deutschland und prognostiziert einen linearen Absenkpfad, so muss Deutschland 2035 klimaneutral sein. (1) Tübingen, als reiche Stadt ohne große Industrie und mit den schon getroffenen Klimaschutzmaßnahmen, hat ideale Startbedingungen für konsequenten Klimaschutz und muss daher bereits früher, also spätestens 2030, klimaneutral sein.



### Klimavorbehalt

Wir fordern, dass der Gemeinderat ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen berücksichtigt und Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

Diese Kontrollfunktion muss der Gemeinderat selbst übernehmen und alle zukünftigen Anträge und Beschlüsse dahingehend prüfen. Beispielsweise sollten vor den ersten Planungsschritten (z.B. Machbarkeitsstudie oder Wettbewerbe) von Neubauten und Sanierungen klimarelevante Maßgaben und Rahmenbedingungen festgelegt sein.

### Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> - Äquivalent

Alle städtischen Unternehmen und Einrichtungen müssen bei sämtlichen Entscheidungen und Beschlüssen mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 180 € pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent rechnen und in ihre Kalkulation mit aufnehmen. Laut Umweltbundesamt kostet uns und zukünftige Generationen eine Tonne Treibhausgasemissionen 180 € an Folgekosten. (2)

(1) Stefan Rahmsdorf: „Wie viel CO<sub>2</sub> kann Deutschland noch ausstoßen?“, 28. März 2019, URL: <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/> (Zugriff: 07.07.19)

(2) <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenem-umweltschutz>

## Verkehr und Mobilität

*Wir fordern die kostenlose Nutzung sowie den Ausbau des ÖPNVs:*

- Ticketfrei nutzbarer ÖPNV im Tübinger Stadtgebiet
- Erhöhung der Taktung (besonders in die Teilorte)
- Fortschreitende Elektrifizierung der Flotte

*Wir fordern, das Radfahren so attraktiv und sicher wie möglich zu gestalten:*

- Straßen mit ausreichend Platz werden mit baulich getrennten Fahrradstreifen versehen, die breit genug sind, damit sich Fahrräder sicher überholen können.
- Errichtung neuer Fahrradstraßen
- Falls beides nicht möglich ist, werden gut sichtbare Schutzstreifen angelegt
- Fahrradparkplatzinfrastruktur muss ausgebaut und modernisiert werden, z.B. durch Umnutzung von Parkplatzflächen und Wartungsstationen
- Aufbau eines unklompizierten, städtischen Leihradangebotes: V.a. Lastenräder und E-Bikes für die „Bergstrecken“
- Lieferverkehr soll ab 2025 hauptsächlich durch Lastenräder und E-Fahrzeuge getragen werden



*Wir fordern eine flächendeckende und höhere Bepreisung des Parkraums, die zusätzlichen Einnahmen sollen direkt in den Ausbau des ÖPNVs investiert werden:*

- Bepreisung des Parkraums im gesamten Stadtgebiet
- Erhöhung der bestehenden Gebühren um 100% (an Straßen und in Parkhäusern)

- Anwohner\*innen sollen für das Parken an der Straße 360 Euro anstatt 30 Euro pro Jahr zahlen (evtl. Vergünstigungen für umweltverträglichere Autos und einkommensschwache Menschen/ Familien)
- Langfristig soll die Zahl der Parkplätze reduziert und freiwerdende Flächen anders genutzt werden
- Ausbau des Carsharing-Angebots
- Kreisbonuskarten-Inhaber\*innen sollen weitere Vergünstigungen bei Carsharing erhalten
- Planungsstopp KFZ Parkhaus am neuen Europaplatz



*Wir fordern die deutliche und konsequente Einschränkung des individuellen Autoverkehrs:*

- Konzeptausarbeitung für eine weitestgehend autofreie Innenstadt bei gleichzeitigen Maßnahmen zur Verkehrsreduktion im Innenstadtbereich (wie zum Beispiel mit einer RegionalStadtBahn s.S. 8)
- Ab 2030 Fahrverbote für Fahrzeuge mit fossilen Verbrennungsmotoren
- Schaffung attraktiver Park-and-Ride-Systeme im Außenbereich der Stadt
- Ausbau der öffentlichen Ladestationen für E-Autos
- Generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf maximal 30 km/h im Stadtgebiet

*Wir fordern ein Verbot von Dienstreisen per Flugverkehr für alle städtischen Mitarbeiter\*innen in Kurzflugdistanz (unter 1500km bzw. 15 Bahnstunden).*

## 100% erneuerbare Energie bis 2030

*Erarbeiten oder beauftragen Sie schnellstmöglich einen Plan mit den SWT, der dieses Ziel verfolgt.*

- o Stellen Sie den Stadtwerken Tübingen ausreichende Mittel zur Verfügung, damit die Stadtwerke weiteren Ökostrom produzieren können und aus überschüssiger Energie Gas herstellen können (Power to X).
- o Stellen Sie schnellstmöglich Flächen für erneuerbare Energien zur Verfügung und nutzen Sie schon bestehende Flächen, wie z.B. alle Dächer der städtischen Gebäude.
- o Fördern Sie die Installation von umweltfreundlichen Techniken, wie z.B. eine PV -Anlage langfristig über diese Legislaturperiode hinaus und in geeigneter Höhe.
- o Bauen Sie das Fernwärmenetz in Tübingen schnellstmöglich aus und erschließen Sie neue Gebäude.



### Bau und Sanierung von stadteigenen Gebäuden

*Wir fordern, dass folgende Rahmenbedingungen für alle Neubauten festgelegt werden:*

- o mindestens zertifizierter Passivhausstandard mit einem Heizwärmebedarf von maximal 15 kWh/m<sup>2</sup> a, wenn möglich Aktivhäuser.
- o Holz als Baustoff Nr. 1., bzw. Hybridholzbauten als Pflicht.
- o umweltfreundlichste Materialien verwenden und CO2 ärmste Beschaffung sowohl bei Sanierung als auch bei Bau.
- o Dachformen müssen so ausgelegt sein, dass möglichst viele PV Anlagen Platz finden und die dafür richtige Ausrichtung des Gebäudes.
- o Möglichst kleiner A/V Wert

*Wir fordern, dass folgende Rahmenbedingungen für alle Sanierungen festgelegt werden:*

- Vorlagen müssen neben den Kosten einer Sanierung auch die Betriebskosten während ihrer Nutzung darstellen.
- In Vorlagen zu Sanierungen müssen verschiedene Varianten als Vergleich dargestellt werden. Dafür sollen deren Klimaneutralität fördernde Eigenschaften erklärt sein, und was die jeweilige Variante bewirkt. Auch die negativen Merkmale (z.B. weniger energiesparend, weil hoher A/V Wert) dürfen nicht fehlen. Dabei soll immer die energieeffizienteste Variante gewählt werden.

*Wir fordern eine maximale Sanierungsrate für Altbauten der Stadt. Vortritt haben die Gebäude mit dem höchsten Energieverbrauch und der größten Nutzung.*

*Wir fordern, dass ab sofort der Fokus auf Sanierung und nicht auf Neubau liegt.*

## Beratung und Förderung

*Wir fordern die Erweiterung der Klima- und Umweltberatungsprogramme, sowie der städtischen Förderungsprogramme für Klima- und Umweltschutz.*

- Werbung und Aufklärung muss noch aktiver und häufiger geschehen (Bsp. Energiekarawane).
- Das Förderprogramm „Energieeffizient sanieren“ vom Bund soll von Seiten der Stadt zusätzlich finanziell unterstützt werden. Hierfür soll schnellst möglich ein Konzept erarbeitet und vom Gemeinderat genehmigt werden.
- Fortbildungen für ausgewählte Gemeinderatsmitglieder zu wichtigen Klimaschutzschwerpunkten.
- Förderung von Ausbildungsberufen, z.B. mehr Wohnheime für Auszubildende.

## Regionalstadtbahn-Innenstadtstrecke

Nach einem längeren Prozess der Meinungsbildung haben wir uns bereits zur geplanten Tübinger Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn (RSB) Neckar- Alb positioniert.

In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir uns mehrfach mit verschiedenen Vertreter\*innen der einzelnen Positionen rund um das Thema „RSB-Innenstadtstrecke“ getroffen, um über die Vor- und Nachteile einer möglichen Innenstadtstrecke in Tübingen zu sprechen. Dabei war uns sehr wichtig, nicht nur über die Stadtbahn, sondern auch über mögliche Alternativen zu einer Stadtbahn für klimafreundliche Mobilität im Raum Tübingen zu sprechen.

Nach aktuellem Stand der Dinge halten wir die RSB Neckar-Alb für einen wichtigen Bestandteil der Verkehrswende im Raum rund um Tübingen, auch die umstrittene Tübinger Innenstadtstrecke ist unserer Meinung nach ein wichtiger Schritt für Tübingen.



In den Verkehrsstudien der Stadt Tübingen ist klar erkennbar, dass etwa 90% der Autofahrten im Tübinger Stadtgebiet den Ein- und Auspendlern zuzuordnen sind. Um wirkungsvoll den Autoverkehr in Tübingen zu reduzieren sind also Konzepte erforderlich, die auf eine stärkere Verknüpfung mit dem Umland setzen.

Der Verkehr innerhalb Tübingens ist nicht das Problem: Es geht vor allem um die vielen Tausend Einpendler\*innen.

Die wenigen Kilometer an neuen Gleisen in Tübingen sind im Vergleich zum Gesamtnetz der RSB Neckar-Alb nur ein kurzer Abschnitt, der aber sehr wichtig, ist um eine umsteigefreie Verbindung mit dem Umland herzustellen. Die RSB ist unsere derzeit einzige und beste Möglichkeit die Pendlersituation in Tübingen klimafreundlich zu gestalten.

Diese Verbindung mit der Region nicht an die Tübinger Innenstadt, ans Klinikum und an den Technologiepark anzuschließen wäre in unseren Augen nicht sinnvoll.

Die Umsteigefreiheit ist ein sehr wichtiges Thema, da nur sie es ermöglicht, dass die Pendler\*innenwege im ÖPNV zeitlich mit klimaschädlichen, fossilen Transportmitteln mithalten können.

Natürlich hat die Stadtbahn auch ihre Probleme, so ist die Situation in der Mühlstraße auch mit einer Sperrung für den Autoverkehr weiterhin recht eng und Gleise in der Fahrbahn sorgen eventuell auch dafür, dass Radfahrende weiterhin aufmerksam bleiben müssen - dennoch ist dies für uns kein so großes Problem, als dass dies den positiven Beitrag einer Regionalstadtbahn zum Klimaschutz aufwiegen würde. Wir sehen in vielen Städten, wie Freiburg, dass sich Radfahrende nicht von Gleisen abschrecken lassen.

Dennoch halten wir es für dringend erforderlich, dass alle Planungen eng mit Expert\*innen für den Fahrradverkehr abgestimmt werden.



Sollte sich herausstellen, dass es andere, in unseren Augen sinnvollere Maßnahmen für eine klimafreundliche Verkehrswende in Tübingen gibt, so werden wir unsere Position ändern.

Zurzeit sind wir allerdings davon überzeugt, dass die Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn einen sinnvollen Beitrag zu mehr Klimaschutz im Verkehrssektor leistet.

Besonders wichtig sind sofortige Maßnahmen für umweltfreundlichere Mobilität, die sofort Verbesserungen schaffen bis die Stadtbahn da ist. Wichtig ist, dass die Stadtbahn nicht als Ausrede genutzt wird, bis zur Fertigstellung nichts für klimafreundlichen Verkehr zu tun. Deshalb fordern wir, dass unabhängig vom Bürgerentscheid schon jetzt so viel wie möglich für die Verkehrswende in Tübingen getan wird.

Den anstehenden Bürgerentscheid werden wir aufmerksam begleiten. Leider ist es wie bei vielen Maßnahmen zum Klimaschutz so, dass die Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren, die noch am längsten auf unserem Planeten leben, nicht über ihre Zukunft entscheiden dürfen.

## Schluss

Die Stadt/Gemeinde muss ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden. Zu lange wurde gezögert und gezaudert. Wir dürfen und können nicht mehr länger warten.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Wir fordern auf Kommunalebene jede\*n Politiker\*in, ab sofort und gerade in Fragen der Klimagerechtigkeit, zu mehr politischem Engagement auf!

Solange die Politik dieser Verantwortung nicht ausreichend nachkommt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!

Die bundesweiten Forderungen von Fridays For Future finden Sie unter: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

